

Ausschuss sperrt Geld

Milliarden-Debakel beim Digitalfunk der Polizei

Von Martin Lutz 25. Februar 2010, 09:30 Uhr

Die bundesweite Einführung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wird sich nach Recherchen von WELT ONLINE um mindestens drei Jahre verzögern und viel teurer werden als geplant. Insgesamt werden die Kosten auf rund zehn Milliarden Euro geschätzt. Der Rechnungshof ist alarmiert.



Foto: dpa

Die digitalen Funkgeräte sind viel kleiner und handlicher als die alten analogen Modelle

Im Vertrauen sagt ein Landesinnenminister: „Es ist ganz schlimm.“ Zitiert werden will er aber nur mit den Worten: „Es geht voran“. Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte sehen das anders. Mitten im digitalen Zeitalter

arbeiten sie immer noch mit einer Steinzeit-Technik. Ihr Analogfunk ist veraltet, störanfällig und nicht abhörsicher. Als „öffentlicher Rundfunk“ wird er deshalb von den Beamten verspottet. Jeder halbwegs clevere Kriminelle kann dank preisgünstiger Radio-Scanner aus einem Technikmarkt mithören, wenn im Äther nach ihm gefahndet wird. Deshalb soll sogar mancher Verbrecher schon entwischt sein.

Digitalfunk hieße die Lösung. Doch der Haushaltsausschuss des Bundestags hat rund 488 Millionen Euro für eine der größten Modernisierungs- und Investitionsvorhaben in die innere Sicherheit gesperrt. Eigentlich wollten die Parlamentarier heute beraten, ob sie das Geld freigeben können. Nun setzten sie das Thema wegen „ungeklärter Fragen“ von der Tagesordnung ab.

Die Kosten laufen aus dem Ruder

Bereits seit 16 Jahren wird geplant. Auf dem Projekt scheint aber kein Segen zu liegen, gerade in jüngster Zeit läuft einiges schief. Allerdings versteht es die Politik in der Hauptstadt Berlin, die desaströse Entwicklung geschickt zu verbergen. Man sei „endlich auf der Zielgeraden“, hatte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Mai vorigen Jahres angekündigt. Das hörte sich so an, als ob auf einer langen Wegstrecke nur noch wenige Meter zurückgelegt werden müssten.

Schäuble hat längst das Ressort gewechselt, nun plagt Nachfolger Thomas de Maizière (CDU) das Drama Digitalfunk: Was beide Minister der Öffentlichkeit vorenthalten haben: Die Kosten – anfangs planten der Bund und Länder mit einem hohen einstelligen Milliardenbetrag – laufen völlig aus dem Ruder. Mittlerweile hat sich die Gesamtsumme auf rund zehn Milliarden Euro erhöht. Allein der Bund muss gegenüber früheren Ansätzen bereits eine Kostensteigerung von derzeit gut 40 Prozent auf mindestens 3,6 Milliarden Euro verkraften.

Der Bundesrechnungshof ist ebenfalls alarmiert. Weil er ein Fiasko für die Steuerzahler befürchtet, wurde Minister de Maizière dringend empfohlen, einen externen Finanzcontroller einzusetzen. Der Ressortchef, so heißt es in seinem Haus, will der Forderung nachkommen. Weitere Verzögerungen sind damit unvermeidlich. Und wie stets bei solchen Großprojekten gilt, dass Zeitverlust sehr teuer bezahlt werden muss.

Erst sollte der Digitalfunk zur Fußball-WM 2006 starten, dann wurde das Jahr 2010 ins Auge gefasst. Nun peilt der Bund den republikweiten Netzaufbau für 2012 an, aber Bayern als größtes Flächenland hält das für illusorisch. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte WELT ONLINE, dass das Netz erst „Im Jahr 2013 flächendeckend genutzt werden kann“. Und schon das sei „eine Herkulesaufgabe“. Fachleute gehen eher vom Jahr 2014 aus – das wären exakt zwei Jahrzehnte nach dem ersten Beschluss der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern zum Digitalfunk.

Großbritannien, Belgien, Estland, Finnland, Island, die Niederlande sowie Ungarn verfügen längst über entsprechende Hightech-Netze. Neun weitere europäische Staaten bauen derzeit den Digitalfunk auf, und selbst unter diesen Nachzüglern steht die Bundesrepublik keineswegs an der Spitze. Das Land der Ingenieure, Erfinder und Innovationspreise droht sich wieder einmal zu blamieren – Transrapid, Maut oder Galileo-Satellitennavigationssystem lassen grüßen.

Aus der Verzögerung ziehen manche Vorteile. Dazu zählt die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Sie nutzt die Unzulänglichkeiten des Analogfunks, um ihre Mitglieder fester an sich zu binden. Die Arbeitnehmervertretung hat kurzerhand 68.000 GdP-Handys an Kollegen verschenkt. Damit können diese kostenlos alle Polizeidienststellen anwählen. Motto der Aktion: „Telefonieren bis der Digitalfunk kommt.“ Die gewerkschaftliche Initiative kommt glänzend an und kaschiert staatliches Versagen.

„Viele Polizisten haben ein solches Handy dabei. Nur so können sie ihrer Arbeit nachgehen“, sagt Fritz Ackermann, GdP-Chef in Aschaffenburg. Der 53-jährige Polizeibeamte erklärt, bei der analogen Technik würden „komplette Landstriche im Funklöchern versacken“. In manchem Mittelgebirge sieht es duster aus. Der Digitalfunk soll hingegen überall funktionieren, auch im bayerischen Wald, auf der Zugspitze oder der Insel Sylt.

Geplant wird das weltweit größte Digitalfunknetz, das für 500.000 Teilnehmer ausgelegt ist. Bundespolizei, BKA,

Länderpolizeien, Feuerwehr, Rettungsdienste, Zoll, Verfassungsschutzämter sowie das THW sollen statt der unterschiedlichen analogen Funknetze künftig erstmals ein einheitliches Tetra-Netz („Terrestrial Trunked Radio“) nutzen. Das Gespräch baut sich schnell auf, das bisher übliche Rauschen entfällt und problemlos können Gruppen mit mehreren Hundert Teilnehmern zusammengeschaltet werden. Die Einsätze der Sicherheitskräfte ließen sich so wesentlich effizienter steuern.

Allerdings gilt die Tetra-Technik der ersten Generation wegen jahrelanger Verzögerungen in Fachkreisen bereits als veraltet. Kartenausschnitte und Fingerabdrücke können damit nicht übermittelt werden. Erst durch eine kostspielige Aufrüstung auf „Tetra 2“ wäre es möglich, etwa Fahndungsfotos gestochen scharf zu übermitteln. Doch von dem Update der Technik will die Politik derzeit nichts wissen, weil dadurch das Projekt noch viel teurer würde. Kritiker wenden denn auch ein, jedes gewöhnliche iPhone von Apple könne schon jetzt viel mehr. Allerdings brechen Mobilfunknetz bei Katastrophen oder Terroranschlägen wegen Überlastung oft zusammen.

Das weltweit größte Netz

Als die Planungen für den Digitalfunk begannen, war an die schicken Internethandys noch nicht zu denken. Damals war das vorgesehene System das Beste, was es auf der Welt gab. Doch dieser Vorsprung schmolz Jahr für Jahr dahin, eine Folge des deutschen Föderalismus, an dem zahlreiche Entscheider beteiligt sind. Nach wie vor gibt es Sonderwünsche, hinzu kommen Kompetenz- und Kostenstreitigkeiten.

Das haben schon vier Bundesinnenminister – neben Maizière und Schäuble auch Otto Schily (SPD) und Manfred Kanther (CDU) – zu spüren bekommen. Das magere Ergebnis: Bundesweit funken momentan lediglich München, Bad Aachen und Stuttgart und sowie die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen digital. Bundesweit sind erst 672 der mindestens 4300 geplanten Antennenstandorte installiert, lediglich 221 hängen am Netz.

Typisch deutsch: Das neue System ist republikweit noch gar nicht in Betrieb, aber es gibt dafür bereits eine Behörde, um es zu regulieren. Im Berliner Stadtteil Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 3, sitzen 152 Mitarbeiter der Bundesanstalt für den Digitalfunk in einem NS-Gebäude, das die Reichsbaudirektion errichtet hatte. Die streng abgeschirmte Behörde mit einem Jahresetat von üppigen 605 Millionen Euro untersteht Minister de Maizière. Bei seinem Ministerium müssen Journalist detaillierte Auskunft von Anstaltsleiter Rolf Krost begehren.

Seine Behörde war 2007 mit dem ausdrücklichen Ziel ins Leben gerufen worden, bis spätestens Ende 2010 ein digitales Sprech- und Datenfunksystem einzuführen und den Betrieb des Gesamtnetzes sicherzustellen. Mehrfach hatte Krost in Fachzeitschriften erklärt, der vorgesehene Funk stehe „ante portas“, „Darauf wette ich“ oder „Alles im grünen Bereich“. Tatsächlich steht die Ampel auf Rot.

Das Innenministerium hat dem Haushaltsausschuss des Bundestags einen Sachstandsbericht mit Datum vom 6. Januar vorgelegt, worin unumwunden ein „immenses Kostenrisiko“ zugegeben wird. Am 25. Januar schließlich stand de Maizières rechte Hand, Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, den Haushältern Rede und Antwort. Laut dem Gesprächsprotokoll, das dieser Zeitung vorliegt, sagte er, es gebe „nicht messbare Risiken“. Zugleich bereitete er die Parlamentarier auf ein neues Debakel vor.

Fritsche zufolge sind mittlerweile aus Sicherheitsgründen zwei Netzbetreiber für den Digitalfunk erforderlich. Bislang sollte der französische Kommunikationskonzern Alcatel-Lucent, der in einem europaweiten Verfahren bereits ausgewählt worden war, allein die Regie führen. Nun soll ein zweites Unternehmen den sicherheitsrelevanten Bereich übernehmen. An Alcatel könnten sich, so wird spekuliert, die für ihre Spionagetätigkeit bekannten Chinesen beteiligen. Dann, so befürchten manche Parlamentarier, wäre auch der Digitalfunk so etwas wie ein öffentlicher Rundfunk – jedenfalls für die Nachrichtendienste der Volksrepublik.